



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 7. Mai 2014  
(OR. en)**

**9393/14**

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2013/0423 (NLE)**

---

**ASILE 13  
FL 5**

**I/A-PUNKT-VERMERK**

---

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil)/Rat
Betr.:	Annahme des Beschlusses des Rates über den Abschluss der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Liechtenstein zur Festlegung der Modalitäten seiner Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen

---

1. Der Rat hat am 27. Januar 2012 einen Beschluss zur Ermächtigung der Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss von Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union einerseits sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein andererseits zur Festlegung der Modalitäten der Beteiligung dieser Staaten am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen angenommen (Dok. 5301/12 + ADD 1). Mit dem Beschluss wurde die Kommission ermächtigt, im Namen der Gemeinschaft zu verhandeln, und es wurden ihr hierzu die erforderlichen Verhandlungsrichtlinien erteilt.

2. Die Entwürfe von Vereinbarungen zur Festlegung der Modalitäten der Beteiligung der Republik Island, des Königreichs Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und des Fürstentums Liechtenstein am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen, die die Kommission den Regierungen dieser Staaten übermittelt hatte, wurden in mehreren Verhandlungsrunden geprüft und am 28. Juni 2013 paraphiert.
3. Am 13. Dezember 2013 unterbreitete die Kommission einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – einer Vereinbarung mit dem Fürstentum Liechtenstein zur Festlegung der Modalitäten seiner Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (Dok. 17762/13). Der Wortlaut der zu unterzeichnenden Vereinbarung war diesem Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des Rates beigefügt.
4. Am 11. Februar 2014 hat der Rat beschlossen, den Entwurf des Beschlusses über den Abschluss in der Fassung des Dokuments 18116/13 sowie den Text der Vereinbarung in der Fassung des Dokuments 18115/13 (von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeitete Fassung) dem Europäischen Parlament zur Zustimmung zu übermitteln.
5. Die Europäische Union und das Fürstentum Liechtenstein haben die Vereinbarung am 3. März 2014 in Brüssel unterzeichnet.
6. Am 17. April 2014 hat das Europäische Parlament seine Zustimmung zum Abschluss der Vereinbarung erteilt und seinen Präsidenten beauftragt, seine Stellungnahme dem Rat, der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und des Fürstentums Liechtenstein zuzuleiten.

7. Gemäß dem dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokoll (Nr. 21) über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts haben das Vereinigte Königreich und Irland mit Schreiben vom 18. Mai 2009 mitgeteilt, dass sie sich an der Annahme und Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 439/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen beteiligen möchten. Wie in Erwägungsgrund 21 der Verordnung (EU) Nr. 439/2010 ausgeführt, beteiligen sich das Vereinigte Königreich und Irland an der Verordnung, die für sie bindend ist. Sie sollten deshalb Artikel 49 Absatz 1 der Verordnung dahin gehend umsetzen, dass sie sich am Beschluss des Rates über die Unterzeichnung beteiligen. Das Vereinigte Königreich und Irland beteiligen sich daher an diesem Beschluss.
8. Die Bestimmungen dieser Vereinbarung, die in den Geltungsbereich des Dritten Teils Titel V des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union fällt, gelten gemäß dem dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokoll (Nr. 22) über die Position Dänemarks nicht für das Königreich Dänemark.
9. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, das Einvernehmen über den Beschluss über den Abschluss der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Liechtenstein über die Modalitäten der Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen zu bestätigen und dem Rat zu empfehlen, dass er
- den Beschluss (in der von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten Fassung des Dok. 18116/13) über die eingangs genannte Vereinbarung (in der von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten Fassung des Dok. 18115/13) unter Teil A der Tagesordnung für eine seiner nächsten Tagungen annimmt;
  - beschließt, dass der Wortlaut dieses Beschlusses und der Vereinbarung gemäß Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe d der Geschäftsordnung des Rates im Amtsblatt (Reihe L) veröffentlicht wird.